Einige Auswirkungen der „Energiewende“!

geschrieben von Helmut Alt | 10. Dezember 2011

Von: "Helmut Alt" <xxxxxxxxxxxxxxxxx>
An: "Thomas Hauschild" <Thomas.Hauschild@WDR.DE>,"sabine.diemer WDR" <sabine.diemer@wdr.de>
Betreff: WDR 5 Sendung heute Früh zum Thema EEG-Umlage
Datum: 24. Nov 2011 13:05
Sehr geehrte Damen und Herren der WDR Redaktion,
Der Bericht in WDR 5 heute früh zur Thematik der Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG Umlage war leider durch ein Maximum an fachlichem Unvermögen in der Sache gekennzeichnet. Es ist bedrückend, solchen Unsinn in einem öffentlich rechtlich Verfassten Sender anhören zu müssen. Was in diesem Sinne ein WDR-5 "Energieexperte" soll, der wohl von den Gegebenheiten unserer Energieversorgung offenbar keine Ahnung hat, aber um so mehr so tut, ist sicher zu hinterfragen.

Wie die Dinge wirklich sind, mögen sie folgendem entnehmen:

Die aktuelle EEG-Umlage beträgt 3,59 ct/kWh plus MWSt = 4,27 ct/kWh, macht bei 4.000 kWh Jahresverbrauch einer Durchschnittsfamilie 170,88 € pro Jahr mit weiter stark steigender Tendenz, ich überlasse es gerne Ihnen, hier Wertigkeits- oder Erheblichkeitsgrenzen in Relation zu den Stromkosten ohne EEG Abgabe von rd. 780 ¬ für eine Durchschnittsfamilie zu definieren.Der Effekt der Auswirkung der Umverteilung der Umlage durch die Befreiung "Stromintensiver Industrien" ist ganz sicher kein Ergebnis von Lobbyarbeit, von wem auch immer.Diese Befreuung ist dringend geboten, um der Abwanderung dieser Industrien, verbunden mit dem Verlust "bisher nachhaltig sicherer" Arbeitsplätze in unserem Land in Energiekosten-günstigere Länder, die auch weiterhin die Kernenergie zur kostengünstigen Stromerzeugung nutzen, zu stoppen. Leider ist dieser Abwanderungsprozess bereits im Gange.Dass diese Art der "Befreiung" die verbleibende Stromverbraucherklientel nun umso härter trifft, ist leider eine Tatsache die von Politikern wohlweislich verschwiegen wird und nun vom WDR als Ergebnis der Lobbyarbeit der Großindustrie gebranntmarkt wird.Richtig ist dass die Stromverbraucher als Wähler nur die Macht ihrer Wählerstimme haben, können diese aber kaum nutzen, da inzwischen alle Parteien des Deutschen Bundestages – mit dem Spruch der höchst fachunkundig besetzten Ethikkommission unserer Bundeskanzlerin in der Frage des anzustrebenden Energiemixes die gleiche Strategie verfolgen und sich daher nicht mehr voneinander unterscheiden! Genau diesen Energiemix mit ein Höchstmaß an regenerativer Energie und ohne Kernenergie hat auch der WDR in allen Kommentaren, insbesondere der "WDR-Energieexperte" stets angestrebtDas gleiche Bild bietet übrigens

die gesamte deutsche Medienlandschaft – wohl weil es dem "Zeitgeist" entspricht, das war aber auch bereits bei uns vor 75 Jahren so. Leider haben nicht viele Politiker das Standing eines Helmut Schmidt oder Konrad Adenauer.Ob der Ethikkommission bewusst war und dem WDR bewusst ist, dass z. B. das soeben in der Revisionsphase sicherheitstechnisch überprüfte und für ein weiteres Betriebsjahr mit mehreren Millionen € mit frischen Brennelementen ertüchtigte und beladene KKW Biblis, nun mit dem endgültigen Moratoriumsbeschluss vergleichsweise ein "CO2.-freies Kohlekraftwerk" darstellt, das soeben 3 Millionen Tonnen Steinkohle eingebunkert hatte und nun stillgelegt werden muss, wobei die 3 Millionen Tonnen "CO2-freie Steinkohle" ungenutzt zu entsorgen sind?Mangels Sachkunde war allen Kommissionsangehörigen das in der Tat wohl unbekannt, leider war die Physikerin Frau Dr. Merkel nicht aktives Mitglied dieser Kommission, denn die hätte es wissen müssen! Am Rande sei vermerkt, dass die dort ausfallende Strommenge nun woanders erzeugt werden muss, was tägliche Mehrkosten von rd. 1 Mio. € zu Lasten aller Stromverbraucher bewirkt und die CO2-Emission in Deutschland erhöht.Wenn Sie selbst in Ihrem Garten Möhren anbauen und diese selbst essen, bekommen Sie gemäß der Strategie unseres "Schwarz/Grünen" Umweltministers und seiner "Grünen" Amtsvorgänger dafür jährlich 1.590 € Zuschuss, weil Sie diese Möhren nun ja nicht im Supermarkt kaufen, sondern im Garten selbst geerntet haben. Das wäre für Sie angenehm, aber irgend einer muss es bezahlen.So bekommt der Eigentümer einer Fotovoltaikanlage, die 24.000 € gekostet hat, jährlich 1.590 €, wenn er exakt den Strom verbrauchen würde, den seine Anlage erzeugt. Siehe Anlage "nur Eigenerzeugung". Das wäre für ihn aber unpässlich, denn im Winter hätte er viele Tage keinen Strom und im Sommer diesen im Überfluss. Deshalb speist er den jeweils überschüssigen Strom ins EVU-Netz ein und bezieht den Strom von dort bedarfsgerecht. Siehe Anlage "mit Fremdbezug und Lieferung". Dass der örtliche Netzbetreiber und die frequenzregelnd zurückweichenden Kraftwerke sich dadurch wirtschaftlich ruinieren – falls sie nicht die Preise erhöhen, muss den privilegierten EEG -Einspeiser nicht interessieren.Mit dieser vernünftigen Strategie bekommt er nun vom EVU als Netzbetreiber jährlich noch 1.486 € und hat die 1.377 € gespart, den der gesamte Strombezug ihm ohne Photovoltaikanlage sonst kosten würde. Seine 24.000 € Investition ist in 8,4 Jahre wieder zurück geflossen und ab dann verdient er jährlich 2.863 € zu Lasten seiner Nachbarn, die sich eine solche Anlage nicht leisten können oder zur Miete wohnen. Darunter sind u.a. sehr viele Hartz-4-Empfänger.Da die Vergütung gemäß EEG für 20 Jahre gesetzlich garantiert ist, kann das in Zukunft – bei steigenden Strompreisen – nur noch besser werden und alle Parteien im Deutschen Bundestag und die Redaktion des WDR finden das gut so!Meldung des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW-Solar) im November 2011: Die millionste Solarstromanlage in Deutschland ist beim Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES) in Berlin in Betrieb!"Bei der Initialzündung der Photovoltaik in Deutschland, dem Start des 1000-Dächer-Programms im Herbst 1990, hatte niemand damit gerechnet, dass wir schon im Jahr 2011 die Eine-Million-Grenze erreichen", sagte Prof. Dr.

Klaus Töpfer, der damals Bundesumweltminister war und heute als Exekutivdirektor das Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam leitet und als Vorsitzender der Ethikkommission das Moratorium der Kernkraftwerke in Deutschland maßgeblich vorbreitet hat: "Die Photovoltaik birgt ganz erhebliches Potenzial, auf das wir angesichts des weltweit wachsenden Energiebedarfs, der Herausforderungen des Klimawandels und dem Beschluss der Energiewende nicht verzichten können."In Deutschland haben unzählige Bürger, Kommunen und Unternehmen mit ihren Investitionen dazu beigetragen, dass Solarenergie zur Stromgewinnung genutzt wird. "Die Photovoltaik hat sich mit großer Dynamik zu einer tragenden Säule der Energieversorgung entwickelt", sagte Günther Cramer, Präsident des Bundesverbands Solarwirtschaft: "Die Preise für Solarstrom-Anlagen konnten durch steigende Produktionszahlen und technischen Fortschritt erheblich reduziert werden. Bereits in naher Zukunft wird die Solarstrom-Erzeugung zu einer der günstigsten Energieformen überhaupt werden."Diese "nahe Zukunft" wird uns nun seit 25 Jahren versprochen, aber die Subvention der Stromeinspeisung mittels Photovoltaik liegt inzwischen bei jährlich über 4 Mrd. € zu Lasten alles Stromverbraucher, höher als sie zur Subvention der deutschen Steinkohle jemals war, jedoch für das zehnfache der Stromerzeugung und ohne Witterungsabhängigkeit. Ein Ende ist nicht absehbar.Für 2011 erwartet der Bundesverband Solarwirtschaft einen Ausbau der Photovoltaik-Leistung um weitere 5 GW. Am Ende des Jahres könnten somit insgesamt 22 GW Leistung installiert sein. Aktuell decken die Solarstromanlagen in Deutschland rund 3 Prozent des Bruttostromverbrauchs ab, jedoch nur, wenn die Sonne scheint. Bis zum Jahr 2020 wird der Solarstrom-Anteil auf mindestens 10 Prozent wachsen.Natürlich wird diese "Erfolgmeldung" mit der Forderung: "Struktur der Solarförderung muss beibehalten werden" begleitet.Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller lehnt die Gedankenspiele des FDP-Wirtschaftsministers, Philipp Rösler, die Förderung von Photovoltaikanlagen beim Erreichen einer relativ kleinen jährlichen Zubaurate zu kappen, rundweg ab: "Damit würden wir das Ende des Ausbaus der Photovoltaik einläuten, jeder, der etwas vom Thema versteht, weiß das!"Die Photovoltaik sei eine in erster Linie eine von Bürgerinnen und Bürgern getragene Form der erneuerbaren Energie, alleine in Baden-Württemberg belaufe sich das Ausbaupotential auf bis zu 1.000 Megawatt jährlich (neu installierte Leistung 2010). "Wir planen bis 2020 einen Sonnenanteil an der Stromproduktion von über 10 Prozent, das entspricht rund 7 Terawattstund
en/Jahr", erläuterte Untersteller, "Das funktioniert nur, wenn man die Ausbauanreize nicht willkürlich deckelt, wie Wirtschaftsminister Rösler das offenbar plant!"Die Bundesregierung und die Opposition hätten im Konsens den Atomausstieg und die Energiewende beschlossen. Jetzt sollten CDU und FDP dafür sorgen, dass aus ihren Reihen niemand unbedacht ausschert.Die Solarförderung besitze bereits einen flexiblen Deckel, der dafür sorgt, dass es nicht zu einer Überförderung kommt. Im kommenden Jahr werde die Förderung deshalb um 15 Prozent gesenkt – und das nicht zum ersten Mal. "Das ist vernünftig, es gleicht die sinkenden

Investitionskosten bei der Photovoltaik aus ohne die Anreizfunktion der Förderung zu vernachlässigen und vor allem: die Bürgerinnen und Bürger bleiben im Spiel. Der Vorschlag von Rösler zeige gerade ihnen die rote Karte", sagte Untersteller.Der Rösler-Vorschlag gefährdet nach Ansicht des Umweltministers überdies massiv Arbeitsplätze auch und gerade in Baden-Württemberg, wo es neben zahlreichen, zum Teil weltweit agierenden Unternehmen der Solarindustrie auch sehr viele Arbeitsplätze im Handwerk in dieser Branche gebe. "Die Förderung quasi abzuschaffen bedeutet, die Branche zu nachhaltig zu schwächen und damit Arbeitsplätze zu gefährden", so Untersteller. Er forderte Rösler auf, die Energiewende nicht zu blockieren, sondern sie vielmehr mit guten Vorschlägen voranzutreiben. Das fördere die Wirtschaft, schaffe zukunftssichere Arbeitsplätze und sorge für ökologischen Fortschritt.Den Gipfel energiewirtschaftlichen Unsinns wurde in der FTD verkündet, wonach Solarstrom aus Nordafrika nach Süddeutschland geleitet werden soll: Laut dem Zeitungsbericht soll bei den Trassen "die
 Hochspannungsgleichstromübertragung (HGÜ) genutzt werden, mit der große Strommengen unter sehr geringen Spannungsverlusten über weite Strecken befördert werden können. Sie wird bisher zum Beispiel in Russland, Indien und unter dem Meer verwendet. Die neuen Leitungen sollten teilweise auf bestehenden Masten montiert werden, um Kosten zu sparen und keine Bürgerproteste gegen Neubauten hervorzurufen. Langfristig sollen die Leitungen ins Ausland fortgesetzt werden. So könne Solarstrom aus Südeuropa oder Nordafrika zu den Industriezentren in Süddeutschland transportiert werden, Norwegens Wasserkraftwerke könnten norddeutschen Windstrom speichern".
Es ist nicht zu fassen, wie weit vollkommen unsinnige energietechnischen Visionen bei manchen fachunkundigen Zeitgenossen gediehen sind und in den Medien ungeprüft mit Begeisterung als machbar den Lesern und Hörern vorgegaukelt werden.
Aus meinem Schreiben an den DB Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Grube können Sie sehen, wie die gutgläubigen aber fachunkundigen Bürger von unseren Wirtschaftsführern und unseren Medien in Sachen Energie bezüglich CO2-Ersparnis und Energiekosten hinters Licht geführt werden. Es wäre schön, wenn Journalisten diese – dem Zeitgeist entsprechende – "Verschönerungsstrategie" nicht mitmachen würden, sondern bei der Wahrheit blieben.Dies ist leider weitgehend nicht der Fall! Persönlichkeiten wie Frau Fides Krause-Brewer sind leider altersbedingt nicht mehr aktiv.
–
Mit freundlichen Grüßen,
Prof. Dr.-Ing. Helmut Alt
FH Aachen
University of Applied Sciences